

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 1/1975 – März

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Krise der BRD hat in den letzten Monaten alle wirtschaftlichen Bereiche erfaßt. Gab es bis zum Herbst noch wichtige industrielle Branchen, in denen hohe reale Zuwächse erzielt wurden, so hat inzwischen die von den Verbrauchsgüterindustrien ausgegangene Rezession auch auf die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie durchgeschlagen. Seit Mitte 1974 schrumpft das Bruttonsozialprodukt. Der Rückgang ist dabei tiefer und ausgedehnter als in den Krisenjahren 1966/67. Unter Berücksichtigung aller Aspekte ist die Rezession 1974/75 die ernsteste wirtschaftliche Krise der Bundesrepublik seit dem Beginn der fünfziger Jahre.

Den letzten Anstoß zur Beschleunigung des konjunkturellen Abwärtstrends hat die Entwicklung im Außenhandel gegeben, der bis Mitte des Jahres 1974 die letzte Konjunkturstütze gewesen war. Trotz nominal hoher Außenhandelsüberschüsse war der Export real rückläufig. Einzig der Handel mit den sozialistischen Staaten und mit den Entwicklungsländern stellte ein gewisses stabilisierendes Moment dar. Im Zentrum der konjunkturpolitischen Diskussion steht die Investitionstätigkeit. Im abgelaufenen Jahr sind die Investitionen gegenüber dem Vorjahr in der Tat rückläufig gewesen. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung mit der Investitionsprämie im Mittelpunkt, die Einkommenspolitik und die gesamtwirtschaftlichen „Orientierungsdaten“ sollen nun durch Begünstigung der Unternehmergevinne eine neue Investitionskonjunktur anregen.

Dieses Konzept hat – neben seinem prinzipiell arbeiterfeindlichen Charakter – zwei wichtige „Schwachstellen“.

Einmal ist schon die Ausgangsbehauptung von den sinkenden Unternehmergevinnen als Ursache der rückläufigen Investitionstätigkeit statistisch nicht belegbar. Die Einkommen des Mittelstandes, besonders der Bauern, waren in

der Vergangenheit tatsächlich rückläufig und sinken weiter.

Die Gewinne der Unternehmen, insbesondere der großen Konzerne, sind dagegen deutlich angestiegen und entwickeln sich weiter steil nach oben. Dabei ist die Gewinnentwicklung in der Regel um so günstiger, je größer das Unternehmen ist.

Zum anderen wird eine weitere Begünstigung der Gewinne lediglich dort Investitionen anregen, wo Aussichten auf Nutzung der neu zu schaffenden Kapazitäten bestehen. Angesichts der sinkenden Auslastung der industriellen Sachanlagen, insbesondere in den konsumnahen Bereichen, wird eine Belreibung der Investitionstätigkeit lediglich die Auslandsinvestitionen und die Rationalisierung betreffen. Erste Erfahrungen mit dem Konjunkturprogramm der Regierung bestätigen diese Annahme.

Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt wird diese Konjunkturpolitik eher noch zu einer Verschärfung der Situation beitragen. Denn sowohl die Rationalisierungsinvestitionen als auch die Verlagerung von Produktionen ins Ausland werden in der BRD zusätzlich Arbeitsplätze vernichten.

Nur eine nachdrückliche Verbesserung der Absatzmöglichkeiten der Wirtschaft durch Erhöhung der Realeinkommen würde ein wirksamer Beitrag zur konjunkturellen Belebung sein.

Die ersten Lohnabschlüsse des laufenden Jahres sind, gemessen an diesem Ziel, völlig unzureichend. Die Steuerreform, zunächst als Mittel zur Konjunkturbelebung angekündigt, hat sich in diesem Sinne als Fehlschlag erwiesen. Auch 1975 werden die Lohnsteuern einen Teil der nominalen Lohnerhöhungen aufzehren.

Viel wird daher in Zukunft davon abhängen, ob es im laufenden Jahr gelingt, Reallohnsenkung und Reallohnstopp durch aktive Lohnpolitik zu verhindern.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft

2 Unternehmergevinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergevinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern u. Steuerreform
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Reallohnentwicklung
- 3.6 Beschäftigung
- 3.7 Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

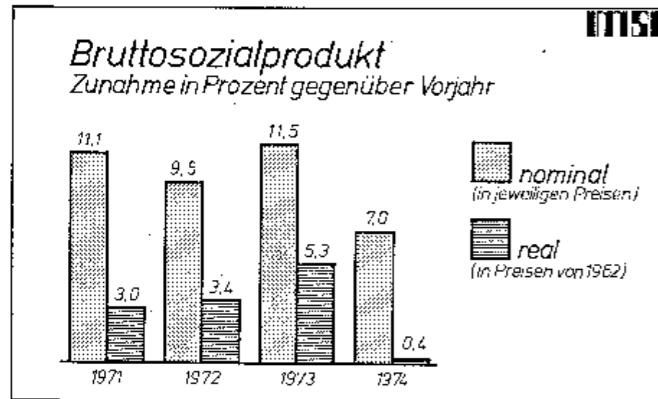
Im zweiten Halbjahr 1974 ist das Bruttosozialprodukt der BRD erstmals wieder seit 1967 real rückläufig gewesen. Es ist gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um rund 0,5 Prozent gesunken. Für das ganze Jahr 1974 ergibt sich daher nur noch eine leichte Zunahme.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts gegenüber dem Vorjahr

	In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1962	
	Mrd. DM	In % geg. Vorjahr	Mrd. DM	In % geg. Vorjahr
1971	761,9	+ 11,1	545,2	+ 3,0
1972	834,6	- 9,5	564,0	- 3,4
1973	930,3	+ 11,5	593,8	+ 5,3
1974	995,3	+ 7,0	596,3	+ 0,4

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/75, S. 11)

Bruttosozialprodukt, Zunahme in Prozent



Für das erste Quartal 1975 rechnet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung mit einem weiteren Rückgang des Bruttosozialprodukts. Im Vergleich zur Krise 1966/67 wird der reale Rückgang — damals sank das BSP von Sommer 66 bis zum Frühjahr 67 um 2,5 Prozent — länger andauern und tiefer sein (Wirtschaftskonjunktur, 1/75, S. A 3).

Bei einer Analyse der Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts fällt besonders für die Jahre 1973 und 1974 der rückläufige Anteil der inländischen Nachfrage auf. Sowohl die private Nachfrage als auch die Nachfrage nach Investitionsgütern war rückläufig, während vor allem die Auslandsnachfrage, d. h. der Export, seinen Anteil erheblich steigern konnte.

Anteil der Verwendungsarten am BSP in Prozent

	In jeweiligen Preisen					
	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	Außenbeitrag	Vorratsveränderung	Brutto- sozialpr.
1971	53,9	17,1	26,7	1,6	0,7	100,0
1972	54,0	17,6	26,0	1,8	0,5	100,0
1973	53,4	18,1	24,7	2,7	1,0	100,0
1974	53,7	19,7	22,6	3,9	0,2	100,0

In Preisen von 1962

	In Preisen von 1962					
	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	Außenbeitrag	Vorratsveränderung	Brutto- sozialpr.
1971	57,8	13,6	26,9	0,9	0,9	100,0
1972	58,2	13,6	26,7	0,8	0,7	100,0
1973	56,9	13,5	25,6	2,7	1,3	100,0
1974	56,8	14,0	23,3	5,6	0,3	100,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/75, S. 13)

1 Exportüberschub in Prozent d. BSP

Der Vergleich zwischen nominaler und realer Entwicklung der Anteile der Verwendungsarten demonstriert erneut, wie durch die inflationäre Entwicklung nicht nur die absoluten Werte aufgebläht, sondern auch die Strukturen verzerrt werden. So

scheint in der nominalen Betrachtung der Anteil des privaten Verbrauchs in den betrachteten Jahren kaum zurückgegangen zu sein. Real dagegen ist er seit 1972 erheblich zurückgegangen.

Aufschlußreich ist auch die Tatsache, daß der Anteil des Staates an der Verwendung des BSP real kaum angestiegen ist. Trotz nominal teilweise kräftiger Zunahme des Staatsverbrauchs konnte der Staat tatsächlich seine Position nur wenig ausbauen. Die antizyklische Wirkung der öffentlichen Hand muß daher für die Vergangenheit vergleichsweise gering eingeschätzt werden. Ein großer Teil der wachsenden Steuereinnahmen und der zusätzlichen Kreditaufnahme wurde durch Preissteigerungen in der privaten Wirtschaft aufgezehrt.

1.2 Produktion

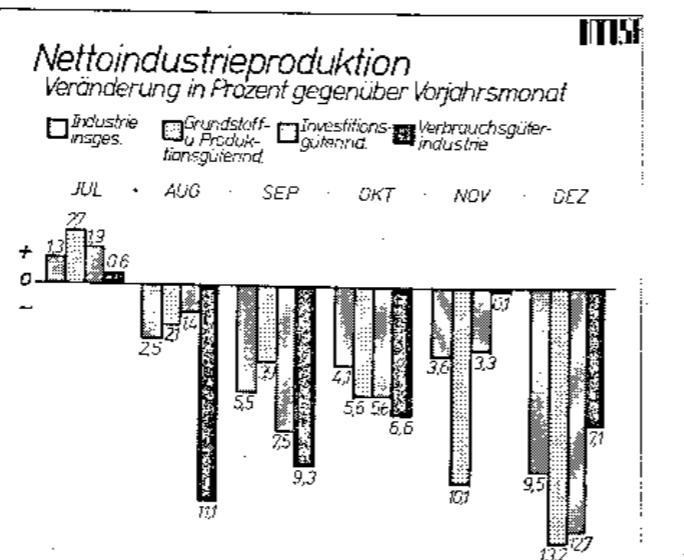
Die Richtung der konjunkturellen Entwicklung wird durch die konjunkturempfindlichere Industrieproduktion noch deutlicher widergespiegelt als durch das Bruttosozialprodukt. Seit August 1974 sind hier die Produktionsziffern negativ, wobei allerdings im Jahresvergleich zu berücksichtigen ist, daß die Produktion der Verbrauchsgüterindustrien bereits seit Oktober 1973 rückläufig ist.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1974 gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent

	Juli	August	Sept.	Oktob.	Nov.	Dez.
Industrie insgesamt	+ 1,3	- 2,8	- 5,5	- 4,2	- 3,6	- 9,3
Grundstoff- u. Produktionsgüter-	- 2,7	- 2,1	- 3,9	- 5,6	- 10,1	- 13,2
Investitionsgüter-	+ 1,9	- 1,4	- 7,5	- 5,6	- 3,3	- 12,7
Verbrauchsgüter-	- 0,6	- 11,1	- 9,3	- 6,6	+ 0,1	- 7,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 65; FAZ v. 12. 2. 75)

Nettoindustrieproduktion in Prozent gegen Vorjahresmonat



Der von den Verbrauchsgütern ausgehende Nachfrageeinbruch hat inzwischen auch die vorgelagerten Industriezweige voll erfaßt. Allerdings hält die Schwäche der Verbrauchsgüterindustrien an. Im Jahresvergleich zeigt sich das nicht im vollen Umfang, weil sich hier die Produktionsziffern auf bereits im Vorjahr gesunkenen Vergleichszahlen beziehen (statistischer Basiseffekt).

Die bisher noch starke Differenzierung zwischen den verbrauchsnahen Wirtschaftszweigen und den Grundstoffindustrien ist in den letzten Monaten teilweise abgebaut worden. Die Produktion hat sich „nach unten“ angeglichen.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1974 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in Prozent

	Juli	August	September	Oktober
Industrie insgesamt ¹	+ 1,3	- 3,4	- 5,5	- 3,5
Bauindustrie	- 10,0	- 10,7	- 10,7	- 7,7
Industrie	+ 11,4	+ 2,0	- 6,7	- 6,6
Mineralölverarbeitung	- 1,9	- 7,5	- 4,8	- 8,6
Chemische Industrie	+ 6,2	+ 5,5	0,0	- 2,0
Maschinenbau	- 4,0	- 1,3	- 6,6	- 3,7
Straßenfahrzeugbau	- 3,6	- 16,3	- 19,5	- 11,2
Textilindustrie	- 6,9	- 21,2	- 8,6	- 3,4
Bekleidungsindustrie	- 4,9	- 14,4	- 9,9	- 2,2
Ernährungsindustrie	- 4,8	- 0,2	- 2,6	- 0,9

Industrielle Auftragseingänge 1974 in Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat

	Industrie insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien	
August	+ 12,1	- 21,4	11,4	- 4,7
September	+ 9,8	- 18,2	4,7	7,8
Oktober	+ 11,8	- 14,6	10,5	- 10,1
November	- 0,2	- 2,2	- 1,7	- 0,9
Dezember	+ 0,8	- 5,2	7,6	- 5,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 66; FAZ v. 12. 2. 75)

Der tatsächliche Umfang des Nachfragerückgangs wird erst bei Ausschaltung der Preissteigerungen sichtbar. Nach Feststellung des Bundeswirtschaftsministeriums lagen die Auftragseingänge real im November um 12,5 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahreswert (vgl. FAZ v. 7. 1. 75). Die besondere Höhe des Auftragsrückgangs ist auf die Entwicklung der Auslandsnachfrage zurückzuführen. Die ungünstige Wirtschaftslage der kapitalistischen Welt ist auch für den Export der BRD nicht ohne Folgen geblieben.

Der Einschränkung der Auslandsnachfrage entspricht jedoch keine Belebung der Inlandsnachfrage. Es sind im Gegenteil auch die Bestellungen aus dem Inland allgemein weiter rückläufig geblieben.

Industrielle Auftragseingänge 1974 in Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat

	Inland	Industrie insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien
August	- 3,0	- 12,3	- 0,1	- 5,9
September	+ 6,4	- 12,3	+ 0,3	- 7,8
Oktober	- 6,4	- 12,8	- 1,6	- 10,3
November</				

Tarifloser Zustand in der Metallindustrie hat begonnen

Mit Beginn des Jahres 1975 hat in der über 4,2 Millionen Beschäftigte zählenden Metallindustrie der Bundesrepublik der tariflose Zustand begonnen. Ausgenommen davon sind die Metallarbeiter und -angestellten in Bayern, wo die Tarifverträge noch bis zum 31. Januar laufen. Angesichts der Verzögerungstaktik der Unternehmer, die von einer massiven Agitation gegen die gewerkschaftliche Tarifpolitik begleitet ist, wächst die Unzufriedenheit unter den Beschäftigten. Die neuerliche Preiswelle tut dazu ein Übriges.

Nachdem in den anderen Tarifbezirken der IG Metall von den zuständigen Tarifkommissionen im November/Dezember 1974 Lohn- und Gehaltserhöhungen von 11 bis 12 Prozent gefordert worden waren, hat zum Jahreswechsel auch die Tarifkommission der IG Metall Bayern ihre Forderungen präsentiert: 1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 11 Prozent; 2. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 80 DM je Monat; 3. Wegfall der Altersabschläge bei den Arbeitern; 4. Laufzeit von zwölf Monaten.

Damit lauten auch in Bayern die Forderungen so wie in den meisten Tarifbezirken der Gewerkschaft. Für die Bezirke Hamburg, Bremen, Nordwestliches Niedersachsen und Schleswig-Holstein, wo 12 Prozent mehr Lohn und Gehalt gefordert wurden, fanden am 10. Januar, als diese Ausgabe der NACHRICHTEN gedruckt wurde, Verhandlungen zwischen der IG Metall und dem Unternehmerverband Gesamtmetall statt. In anderen Tarifbezirken, wo schon ergebnislose Gespräche stattgefunden haben, finden Verhandlungen am 15., 16. und 17. Januar statt.

Ebenfalls am 10. Januar kamen in Krefeld die Tarifvertragsparteien für Nordrhein-Westfalen, dem mit 1,2 Millionen Metallarbeitern größten Bereich, zusammen. Der Leiter des IG-Metall-Bezirks Essen, Kurt Herb, erklärte aus diesem Anlaß, die zum Jahresbeginn erfolgte Preiserhöhung des VW-Konzerns unterstreiche erneut die von der Gewerkschaft erhobene Lohn- und Gehaltserhöhung von 11 Prozent.

gung erwarten; zum anderen ist da das zunehmende antigewerkschaftliche Trommelfeuer der Unternehmerfunktionäre und der bürgerlichen Massenmedien.

So ist eine Situation entstanden, in der bereits die Höhe der Lohn- und Gehaltserfordernisse in der Metallindustrie nur knapp auf die Sicherung der Real-einkommen zielt. Auch nur der geringste Abstrich davon zieht mit Sicherheit die Senkung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter gegenüber dem vorjährigen Tarifabschluß nach sich. Angesichts der wieder voll eingesetzten Preistreiberei, die alle bewußt kleingeschalteten „Vorausschätzungen“ ab absurdum führt, und angesichts der verstärkten Gewerkschaftsfeindlichkeit der Herrschenden in Wirtschaft und Politik, wird es nur unter größter Kraftentfaltung der Metallgewerkschafter gelingen, ihre bescheidenen Forderungen durchzusetzen.

In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, in der insbesondere die Konzernunternehmen unvermindert Gewinne machen, sind besser noch als sogenannte „Konjunkturprogramme“ spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen geeignet, die Nachfrage und damit die Konjunktur zu beleben. Nur wenn die Profitanliegen der Unternehmer näher stehen als die Interessen der werktätigen Bevölkerung, wendet sich gegen zweistellige Lohnforderungen. G. S.

Streikstatistik

Auffallend ist bei dieser Tarifbewegung in der metallverarbeitenden Industrie das oftmals starke Auseinanderklaffen von offizieller Forderung und den zuvor in den Betrieben beschlossenen Forderungen, die bis zu 16 und 17 Prozent reichten. Die IG Metall wie auch die anderen Gewerkschaften sehen sich einem doppelten Druck ausgesetzt: dem der Bundesregierung, deren sozialdemokratische Minister von den Gewerkschaftsführung „Loyalität“ in der gegenwärtigen kapitalistischen Krise und bei den Versuchen zu ihrer Bewälti-

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und -bezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

- 31. Januar
Metallindustrie in Bayern (680 000), Volkswagenwerke (116 000), Groß- und Außenhandel in Hessen (85 000), Schuh- und Lederindustrie (100 000).
- 28. Februar
Sägerei und Holzbearbeitung (80 000), Bankgewerbe (280 000), Einzelhandel in Hessen (110 000).
- 31. März
Einzel-, Groß- und Außenhandel – Teilbereiche (100 000), chemische Industrie (600 000), Druckindustrie (180 000), Versicherungen (180 000), Ernährungsindustrie Nordrhein-Westfalen – Angestellte (25 000).
- 30. April
Baugewerbe (1 260 000), Textil- und Bekleidungsindustrie (850 000), Groß- und Außenhandel – Teilbereiche (300 000), Einzelhandel in den Bezirken Schleswig-Holstein und Pfalz (200 000), chemische Industrie in Schleswig-Holstein, Bergbau (175 000).
- 31. Mai
Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar (64 000), Einzelhandel im Bezirk Saar (40 000), Energie- und Versorgungsunternehmen im Bezirk Baden-Württemberg (30 000).
- 30. Juni
Kautschukindustrie in den Bezirken Hamburg, Hessen und Niedersachsen (60 000), Großhandel Rheinland-Pfalz (57 000), Großhandel Saar (15 000).
- 31. August
Glasindustrie (100 000), Papiererzeugung (70 000), feinkeramische Industrie (40 000), Brauereien in den Bezirken Nordrhein-Westfalen und Hessen (27 000).
- 30. September
Holzverarbeitung – restliche Bezirke (240 000 insgesamt).
- 15. Oktober
Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen (220 000).
- 31. Oktober
Schuh- und Lederwarenindustrie (75 000).

Lange Schlichtungsfristen im öffentlichen Dienst

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst begannen am 12. Dezember 1974 in Stuttgart. Für die öffentlichen Arbeitgeber lehnte Bundesinnenminister Maihofer die Forderungen der ÖTV ab, ohne selbst ein Angebot zu machen. Regierung, Unternehmerverbände und bürgerliche Presse haben seit dem Streik im Frühjahr 1974 immer wieder massiv eine Schlichtung, notfalls eine Zwangsschlichtung, für den öffentlichen Dienst gefordert. Diesem Druck hat der ÖTV-Hauptvorstand jetzt nachgegeben und noch vor dem Beginn der Tarifverhandlungen ein Schlichtungsabkommen unterzeichnet.

Das erste Schlichtungsabkommen im öffentlichen Dienst trat am 1. Januar 1975 in Kraft. Nach dem Abkommen kann jede Tarifvertragspartei innerhalb von sechs Werktagen nach dem Scheitern der Verhandlungen die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragen. Die Schlichtungskommission hat 14 Mitglieder. Sie setzt sich aus sechs Vertretern der öffentlichen Arbeitgeber, vier ÖTV- und zwei DAG-Vertretern und zwei „unparteiischen“ Vorsitzenden zusammen, die – nach Losentscheid bei Nichteinigung – abwechselnd den Vorsitz führen. Beide sind voll stimmberechtigt.

Die Schlichtungskommission muß innerhalb von sechs Werktagen zusammengetreten und innerhalb sechs weiterer Werkstage eine Eingungsempfehlung beschließen. Diese Frist kann bis zu sechs Werktagen verlängert werden. Die Tarifvertragsparteien sind verpflichtet, innerhalb von drei Werktagen nach der schriftlichen Mitteilung der Eingungsempfehlung die Tarifverhandlungen wieder aufzunehmen. Das Schlich-

tungsabkommen kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

Der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker erklärte zum Abschluß des Abkommens: „Das unterzeichnete Schlichtungsabkommen entspricht in allen Punkten den von der Gewerkschaft ÖTV für den Abschluß einer derartigen Vereinbarung gestellten Bedingungen“ („ÖTV-Pressedienst“ vom 12. Dezember 1974). Das muß zumindest für die Forderung der ÖTV, das Schlichtungsverfahren müsse in einer „zumutbaren Frist“ beendet sein („ÖTV-Magazin“ Nr. 11/74) stark bezweifelt werden.

Durch die Fristen des Schlichtungsabkommens kann die Friedenspflicht bis zu 33 Tagen nach dem ersten Scheitern der Verhandlungen verlängert werden. In dieser Zeit sind Kampfmaßnahmen zur Unterstützung der Forderung nicht erlaubt. Die Fristen des ÖTV-Schlichtungsabkommens stellen vergleichbare Regelungen anderer DGB-Gewerkschaften weit in den Schatten.

Nicht nur das ohne Gegenleistung vereinbarte Schlichtungsabkommen, sondern auch die Reaktion der staatlichen Arbeitgeber auf die Tarifforderungen der ÖTV zeigen, daß die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit zunehmend hartem Widerstand gegen ihre Forderungen rechnen müssen. Das gilt vor allem für die mehr als beschleunigten Lohnforderungen.

Die ÖTV fordert 6 Prozent mehr Lohn, einen einheitlichen Sockelbetrag von 50 DM und ein Urlaubsgeld von 300 DM sowie für jedes Kind von weiteren 50 DM. Diese Forderung der ÖTV ist innerhalb der Mitgliedschaft nicht unbestritten. Wie bei der Vertrauensleute-Delegiertenkonferenz am 8. 11. 1974 in Hamburg, wird dem Hauptvorstand vielerorts vorgeworfen, dem vom letzten ÖTV-Gewerkschaftstag beschlossenen Antrag 408, der die gründliche Diskussion der Tarifforderungen in der Mitgliedschaft verlangt, nicht genügend Rechnung getragen und außerdem eine zu geringe Forderung aufgestellt zu haben. Um so notwendiger ist nunmehr

die volle Durchsetzung der ÖTV-Forderung.

Innenminister Maihofer lehnte es bei der ersten Verhandlung ab, überhaupt ein Angebot zu machen und erklärte, das Volumen der Forderung der ÖTV sei der Allgemeinheit als Belastung nicht zumutbar und deshalb „keinesfalls auch nur annähernd erfüllbar“. ÖTV-Vorsitzender Heinz Kluncker kritisierte diese Haltung der Arbeitgeber als „hart an der Grenze des Zumutbaren“. Die öffentlichen Arbeitgeber hätten offensichtlich die Absicht, die Ergebnisse der vergangenen Tarifrunde nachträglich zu korrigieren. Die Verhandlungen wurden auf den 14. Januar 1975 vertagt. Auch die Verhandlungen bei Bundespost und Bundesbahn, wo die gleichen Forderungen erhoben wurden, sind ohne Ergebnis verlaufen.

Außerungen zahlreicher Bonner Politiker in den ersten Tagen des neuen Jahres haben erkennen lassen, daß man nach einer ganzjährigen Diffamierungskampagne gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes jetzt auch einen lohnpolitischen Affront vor hat. Nur entschiedene Gegenwehr kann das verhindern. B. D.

Erfolg eines langen Streiks

Von 8,9 bis 11,6 Prozent beträgt die Erhöhung der Löhne für die gewerblichen Beschäftigten der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie Hamburgs. Dieses Ergebnis wurde im Dezember zwischen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und dem zuständigen Unternehmerverband vereinbart und rückwirkend zum 1. Oktober 1974 in Kraft gesetzt. Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt zwölf Monate.

Bei dem international bekannten Konzertflügel-Hersteller „Steinway“ hatten die Arbeiter über fünf Wochen gestrikt, um der gewerkschaftlichen Forderung von 13 Prozent Lohnerhöhung mehr Nachdruck zu verleihen. Sie erhalten im ersten Quartal 1975 eine Sonderzahlung von 300 DM. Die Lohnerhöhung von 8,9 Prozent bezieht sich auf den Facharbeiterecklohn; alle niedrigeren Lohngruppen werden stärker – bis zu 11,6 Prozent – angehoben.

Den Streikenden gingen aus allen Teilen der Bundesrepublik zahlreiche Solidaritätsadressen zu – so auch von Verlag und Redaktion der NACHRICHTEN. Für diese solidarische Haltung bedankte sich in einem Schreiben im Namen der Streikteilnehmer die Bezirksleitung Schleswig-Holstein/Hamburg der Gewerkschaft Holz und Kunststoff.

Bilanz zwar Eigenkapital... Aus dem Eigenkapitalcharakter resultiert, daß sie dem Unternehmen zinslos zur Verfügung stehen. Dieser Eigenfinanzierungseffekt... wird in jedem Fall zur Verbesserung der Rentabilität des Gesamtkapitals beitragen" (HB v. 22. 10. 1974).

Alle Gewinnstatistiken, die nur von den veröffentlichten Unternehmergehörigen ausgehen, können daher nur unzureichend die tatsächliche Lage widerspiegeln. Denn es wird dabei letzten Endes den Unternehmern überlassen, die statistischen Unterlagen für die sozialen Auseinandersetzungen bereitzustellen, obwohl gerade diese ein vohementes Interesse daran haben, diese Zahlen so niedrig wie möglich erscheinen zu lassen. Werden diese Gewinnzahlen dann noch zum „Orientierungsdatum“ bei Lohnverhandlungen gemacht, dann erkennt man gewissermaßen die Unternehmer zum „Schiedsrichter“ im Lohnkampf.

Wenn auch für 1974 noch keine mit den oben genannten Untersuchungen vergleichbaren Ergebnisse vorliegen, so ergeben eine Reihe von Einzeldaten doch ein eindringliches Bild der tatsächlichen Gewinnsituation der Konzerne und großen Gesellschaften. Dieses Bild widerspricht diametral dem von Unternehmern, Regierung, CDU/CSU, Sachverständigenrat und fast allen Wirtschaftsforschungsinstituten gepflegten Eindruck von „sinkenden Gewinnmargen“.

Die hundert größten Unternehmen erzielten 1974 nach Berechnungen eines Unternehmens-Analytikers 7,9 Mrd. DM an Jahresgewinn, „eher mehr als weniger“ (Wirtschaftswoche, Nr. 4/75, S. 58). Diese ersten Untersuchungen werden durch die Analyse der in den letzten Monaten veröffentlichten Abschlüsse großer Konzerne bestätigt. Fast ausschließlich kann dort von einer guten und im abgelaufenen Jahr noch verbesserten Ertragslage gesprochen werden.

Im folgenden seien einige wichtige Unternehmen aufgeführt.

Gewinne ausgewählter Unternehmen im Geschäftsjahr 1973/74

Firma	Gewinnart	Gewinnhöhe 1972/73	Gewinnhöhe 1973/74	Veränd. In % geg. Vorjahr
Siemens	Jahresüberschuß	428,00 Mio	504,00 Mio	+ 17,8
GHH-Gruppe	Jahresüberschuß	66,00 Mio	88,00 Mio	+ 33,3
DEW	Gewinn vor Steuern (Verlust)	-50,00 Mio	76,00 Mio	-
MAN	Jahresüberschuß	24,00 Mio	42,00 Mio	+ 75,0
Deutsche Babcock	Bilanzgewinn	20,00 Mio	28,00 Mio	+ 40,0
Kabelmetall	Jahresüberschuß	7,20 Mio	14,40 Mio	+ 100,0
RWE	Gewinn je Aktie	13,20 DM	14,00 DM	+ 6,1
Erdölchemie	Rohgewinn (vor Steuern)	56,40 Mio	169,60 Mio	+ 200,7
Bayer	Gewinn (9 Monate) nach Steuern	399,00 Mio	511,00 Mio	+ 28,1
BASF	Gewinn (9 Monate) vor Steuern	501,00 Mio	740,00 Mio	+ 47,7
Esso AG (BRD)	Jahresüberschuß	266,00 Mio	320,00 Mio	+ 20,3
Hamburg-Mannheimer Versicherung	Überschuß	155,70 Mio	200,00 Mio	+ 28,5
Magdeburger Rückversicherung	Jahresüberschuss	2,45 Mio	2,65 Mio	+ 8,2
PWA	Betriebsgewinn	1,17 Mio	140,00 Mio	-

(Quelle: Unternehmensberichte nach Pressemeldungen)

Auch dort, wo noch keine endgültigen Zahlen vorliegen, wird von allgemein günstiger Ertragslage berichtet. Die Ruhrkohle AG ist, nach offiziellen Berichten, aus der „Verlustzone“ heraus. Was allerdings von solchen „Verlusten“ zu halten ist, zeigt ein Zitat der Frankfurter Allgemeinen zur Lage der Ruhrkohle AG: „Vermutlich dürfte es sogar möglich – wenn auch aus der Sicht der Ruhrkohle-Führung nicht gerade opportun – sein, für 1974 einen Gewinn auszuweisen“ (FAZ v. 4. 2. 1975).

Auch im Handel konnten von den großen Konzernen noch steigende Erträge verbucht werden. Karstadt erwartet „eine Verbesserung des Ergebnisses gegenüber 1973“ (FAZ v. 24. 1. 1975), „alle Ertragskennziffern bei Quelle tendieren nach oben“ (HB v. 7./8. 2. 1975). Bei Klöckner-Humboldt-Deutz wird sogar mit einem „fühlbar über den ursprünglichen Planansätzen liegenden Jahresergebnis“ gerechnet (FAZ v. 7. 12. 1974). Für die Chemischen Werke Hüls AG war 1974 ein „märchenhaftes Jahr“ (FAZ v. 4. 1. 1975). Die Preussag AG will nach einem rechnerischen Verlust im Vorjahr 1974 einen „bemerkenswert positiven“ Jahresabschluß vorlegen können (FAZ v. 6. 2. 1975).

Diese unvollständigen Zahlen demonstrieren, daß das Jahr 1974 nicht nur ein gutes Jahr für die größeren Unternehmen gewesen ist. Für einzelne Konzerne hat die Krise sogar bisher nicht gekannte Profitzuwächse gebracht.

2.2 Konzentration

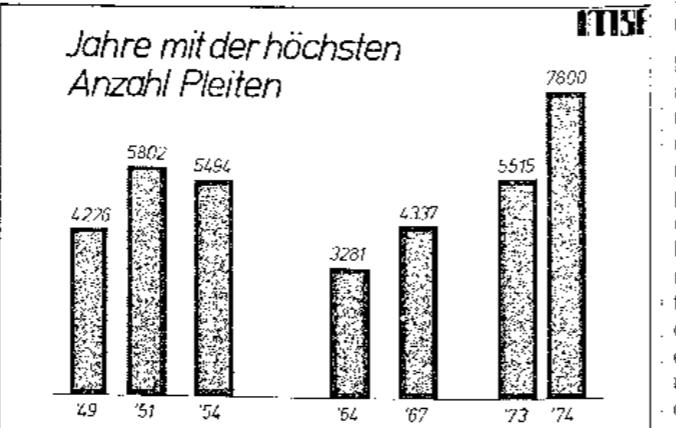
Während die Krise sich bei den führenden Konzernen in steigenden Marktanteilen und Gewinnen niederschlägt, sind die kleinen und mittleren selbständigen Betriebe häufig hart bedrängt.

Das schlägt sich in der ständig steigenden Zahl von Insolvenzen und Unternehmenszusammenbrüchen nieder. 1974 war das Jahr, in dem die meisten Unternehmen seit Bestehen der Bundesrepublik zusammengebrochen sind. Sogar das bisherige Rekordjahr 1951 wurde weit übertroffen.

Insolvenzverfahren	Verfahren	In % geg. Vorjahr	Unternehmen nach Beschäftigtenzahlen		
			1961	1970	1985
1972	4 619	—	1- 9 Beschäftigte	1,98 Mio	1,69 Mio
1973	5 515	+ 21,6	10- 49 Beschäftigte	171 500	176 600
1974	ca. 7 800	ca. + 41,0	50- 99 Beschäftigte	21 800	21 700
			100-199 Beschäftigte	10 800	11 200
			200-499 Beschäftigte	6 400	6 900
			über 500 Beschäftigte	3 300	3 600

(Quelle: Info 4/74; Deutsche Volkszeitung v. 16. 1. 75)

Pleitenhöhepunkte



Betroffen sind fast ausschließlich mittelständische Unternehmen. Nach einer Untersuchung des „Verbandes der Vereine Creditreform e.V.“ in Neuss sind Unternehmen mit zwischen 100 und 200 Beschäftigten zu 91,9 Prozent an den Zusammenbrüchen beteiligt. An der Spitze der betroffenen Branchen liegt das Baugewerbe, das nach dieser Untersuchung mit 26,3

Prozent an der Zahl der Insolvenzen beteiligt ist. Es folgt das verarbeitende Gewerbe mit 24,1 Prozent, Großhandel und Einzelhandel mit 10,5 bzw. 11,3 Prozent (FAZ v. 13. 12. 1974). Auch nach der „Pleitenanfälligkeit“ liegt das Baugewerbe an der Spitze, gefolgt vom Großhandel.

Von 10 000 Unternehmen machten 1974 Pleite im:

Einzelhandel	21 Betriebe
Dienstleistungsgewerbe	27 Betriebe
Großhandel	57 Betriebe
Baugewerbe	82 Betriebe
Industrie und Handwerk	49 Betriebe
Verkehr	22 Betriebe
Geld- und Versicherungswirtschaft	19 Betriebe

(Quelle: Deutsche Volkszeitung v. 16. 1. 75)

Die Verflechtung von Krise und Konzentrationsprozeß ist besonders im Textileinzelhandel auffallend. Zwischen 1950 und 1970 hat sich die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte dieser Branche um 18 000 auf 47 000 vermehrt.

1972 wurden 725 Geschäfte geschlossen, 1973 bereits 1085 und bis zum Oktober 1974 waren es schon 1201 (Bundesverband des Textileinzelhandels, FAZ v. 13. 11. 1974).

Häufig sind große Konzerne unmittelbar an der Beseitigung kleiner „selbständiger“ Existenzien beteiligt. Als Beispiel sei das Tankstellennetz genannt. Anfang 1975 gab es in der Bundesrepublik und Westberlin noch 35 519 Straßentankstellen. Das sind 4868 Stationen oder 12,1 Prozent weniger als vor einem Jahr. Vor allem Esso (die Muttergesellschaft Exxon Corp. New York) steigerte 1974 den Reingewinn um 700 Mio. auf 3,14 Mrd. Dollar) hat sich dabei hervorgetan. 1100 Schließungen gehen auf ihr Konto.

Gegenüber dem Höhepunkt im Jahre 1969 ist die Zahl der Anlagen sogar um 11 165 oder um 24 Prozent zurückgegangen.

Die Prognos AG, Basel, hat eine Untersuchung vorgelegt, die die Entwicklung der Unternehmenszahlen nach Betriebsgrößenklassen für die Vergangenheit und die Zukunft analysiert.

Unternehmen nach Beschäftigtenzahlen

	1961	1970	1985
1- 9 Beschäftigte	1,98 Mio	1,69 Mio	1,63 Mio
10- 49 Beschäftigte	171 500	176 600	199 700
50- 99 Beschäftigte	21 800	21 700	24 800
100-199 Beschäftigte	10 800	11 200	12 700
200-499 Beschäftigte	6 400	6 900	6 600
über 500 Beschäftigte	3 300	3 600	3 800

(Quelle: Analyse und Prognose der Unternehmensgrößenstruktur, Prognos AG, zit. in FAZ v. 6. 2. 75)

Demnach sind in 10 Jahren nahezu 300 000 kleine Unternehmen vom Markt verschwunden.

Dabei geht die genannte Prognose allein vom Betriebsgrößenaspekt aus und vernachlässigt die faktischen Besitzverhältnisse. Der Konzentrationsvorgang vollzieht sich aber weniger über die Konzentration in großen Betriebseinheiten, als vielmehr über die Konzentration der Besitzverhältnisse durch Kapitalbeziehungen. Auch andere Abhängigkeiten über vertragliche Bindungen (wie z. B. in der Zuliefererindustrie der Automobilkonzerne) oder durch Kreditbeziehungen werden nicht berücksichtigt. Es geht also tatsächlich nicht nur darum, ob die technisch kleine Betriebseinheit noch lebensfähig ist, sondern darum, wem diese Betriebseinheit gehört. Es ist ja gerade eine Besonderheit des Monopols, daß es auch die Unternehmen kraft seiner Kapitalmacht unter seine Botmäßigkeit zwingt, die vom technologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt durchaus als selbständige Einheiten lebensfähig wären.

Umstrukturierungsprozesse vollzogen sich unter dem Einfluß der Krise jedoch nicht nur im Bereich der kleinen und mittleren selbständigen Unternehmen. Auch große Konzerne und Monopole waren davon betroffen. In den letzten Monaten waren die Ereignisse in den beiden Gruppen Quandt und Flick die spektakulärsten.

Die Familie Quandt hatte im Dezember den größten Teil ihres Aktienpaketes in Höhe von 14 Prozent des Grundkapitals der Daimler-Benz AG an Kuwait verkauft. Für die bürgerliche Wirtschaftspresse war dieser Vorgang – ähnlich wie bei dem Verkauf von Krupp-Anteilen nach Persien – Anlaß, um die nationale Trommel des „deutschen Ausverkaufs“ zu rühren. Eine ausländische Beteiligung in der BRD, gegenwärtig bevorzugtes Ziel westdeutscher Unternehmen im Ausland, wurde mit einem Mal zur Bedrohung der nationalen Souveränität. Während US-amerikanische Konzerne ganze Branchen beherrschen und dem bundesdeutschen Verbraucher die Preise diktieren – bestes Beispiel sind die amerikanischen Ölkonzerne –, wird der Drang einiger ölexportierender Länder nach Anlage von Devisen zur nationalen Katastrophe hochstilisiert.

Die Familie Quandt dagegen machte durch diesen Verkauf die Mittel frei, um sich auf ihre Beteiligungen bei BMW und bei der Varta AG zu konzentrieren.

Eine ähnliche „nationale Welle“ – diesmal eine Welle des „Aufatmens“ – ging durch die sonst so „international“ gezeichnete Wirtschaftspresse, als die Friedrich Flick KG einen Anteil von 29 Prozent der Daimler-Benz AG an die Deutsche Bank verkaufte. In einem Kommuniqué der beiden Hauptbeteiligten wurde betont, daß die Beschlüsse „nach Rücksprache mit der Bundesregierung“ und „im Einvernehmen mit der Daimler-Benz AG“ gefaßt worden sind, um „eine Abwendung dieser Beteiligung ins Ausland zu vermeiden und die unternehmerische Unabhängigkeit der Daimler-Benz AG sicherzustellen“ (Zit. in FAZ v. 15. 1. 1975).

Aber gerade die „unternehmerische Unabhängigkeit“ wurde durch diese Transaktion eher noch eingeschränkt. Denn die Deutsche Bank als durchaus branchenfremde Institution besitzt nunmehr deutlich über 50 Prozent des Grundkapitals, beherrscht den Konzern also weitgehend. Das gilt auch dann, wenn sie das Aktienpaket zerstückelt weiterverkaufen sollte, denn dann behält sie das Depotstimmrecht.

Für die Flick-Familie jedoch wurden durch den Verkauf die Mittel frei, die der Haupterbe Friedrich Karl Flick benötigte, um seine Miterben abzufinden und seine Alleinherrschaft über die Flick-Besitztümer zu errichten. Er kaufte 33,33 Prozent der Friedrich Flick KG von den Flick-Enkeln, so daß er nun alleiniger Inhaber der Holding ist.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Anfang des Jahres 1974 war es in harten Tarifauseinandersetzungen, vor allem im öffentlichen Dienst, gelungen, einen Teil der gewerkschaftlichen Lohnforderungen gegen den Willen von Regierung, CDU/CSU und Unternehmen durchzusetzen. Diese Abschlüsse schlagen sich gegenwärtig noch in den Tariflöhnen und -gehältern nieder.

Tariflohn- und -gehältsniveau auf Monatsbasis Veränderung in % geg. Vorjahresmonat

Juli	+ 12,

Bruttoeinkommen und -gehälter¹⁾

	In Mrd. DM	Veränderung in % geg. Vorjahresquartal
1973, 3. Vj.	108,3	+ 12,5
4. Vj.	117,3	+ 13,4
1974, 1. Vj.	107,3	+ 8,7
2. Vj.	117,5	+ 10,7
3. Vj.	119,3	+ 10,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 69*)

1 Summe einschließlich Sozialaufwendungen der Unternehmen.

Da sich die Zahl der Beschäftigten zwischen September 1973 und September 1974 um fast eine halbe Million vermindert hat, errechnet sich eine relativ hohe Steigerungsrate für die Bruttoeinkommen je Beschäftigten.

Bruttoeinkommen und -gehälter je Beschäftigten

	Veränderung in % geg. Vorjahr
1974, 1. Vj.	+ 9,3
2. Vj.	- 11,1
3. Vj.	+ 13,0
Oktober	+ 11,4

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 69*)

Bei diesen Zahlen ist jedoch zu berücksichtigen, daß ein Teil der Beschäftigten aus dem Erwerbsprozeß ausgeschieden ist. Es gab 1974 durchschnittlich 360 000 Arbeitslose mehr als 1973. Deren Einkommenslage hat sich drastisch verschlechtert. Gleichzeitig haben Berufstätige, besonders Frauen, die Arbeit aufgegeben und sind aus dem Erwerbsprozeß ausgeschieden. Wenn Durchschnittseinkommen berechnet werden, so müssen auch die nicht beschäftigten Teile der Arbeiterklasse berücksichtigt werden. Bei einer Einbeziehung dieser Gruppen – für eine Berechnung stehen zur Zeit keine ausreichenden statistischen Grundlagen zur Verfügung – würde der Anstieg der Durchschnittseinkommen bedeutend niedriger ausfallen als in der oben aufgeföhrten Tabelle.

Für das Jahr 1975 wird übereinstimmend eine wesentlich niedrigere Steigerungsrate für die Arbeitseinkommen projiziert. 1975 soll nach dem Willen von Regierung und Unternehmern das Jahr werden, in dem es zu einer merklichen Umverteilung der Einkommen zugunsten der Unternehmer kommen soll. Auf die laufenden Tarifverhandlungen wird vor allem staatlicherseits massiv Einfluß genommen, um diese einkommenspolitische Linie durchzusetzen.

Projektionen der Einkommensentwicklung in Prozent gegenüber Vorjahr

	1973	1974	1975*	1975*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit	- 9,0	0,0	8 - 10	12
Bruttoeinkommen aus unselbständige Arbeit ¹⁾	+ 13,5	+ 9,7	7,5 - 8,5	6,5

1 einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

2 Projektion der Bundesregierung vom Januar 1975

3 Vorausschätzung des Ifo-Instituts

(Quelle: Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1975, S. 33; Wirtschaftskonjunktur, 1/75, S. A 12)

Die Vorausschätzung des Ifo-Instituts ist dabei, was das erwartete Bruttosozialprodukt angeht, pessimistischer als die der Bundesregierung, die mit einem realen Wachstum von rund 2 Prozent rechnet (Ifo-Institut: + 1 Prozent). Beide gehen jedoch davon aus, daß 1975 den Unternehmen ein „Gewinnvorsprung“ eingeräumt werden soll.

3.2 Steuern und Steuerreform

Die Lohnsteuern der Arbeiter und Angestellten sind auch im Jahre 1974 wieder kräftig und überproportional angestiegen.

Der Rückgang der Umsatzsteuer ist auf die mit dem gewachsenen Exportanteil gestiegenen Rückerstattungen von Umsatzsteuern an die Unternehmen zurückzuführen.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern 1974

	Mrd. DM	Veränderung in % geg. Vorjahr
Insgesamt	219,3	+ 6,5
darunter:		
Lohnsteuer	72,0	+ 17,5
Körperschaftsteuer	10,4	- 4,4
Umsatzsteuer	33,6	- 4,7

(Quelle: Bundesfinanzministerium, zit. in HB v. 7/8. 2. 75)

Die Arbeiter und Angestellten zahlten, obwohl ihre Realeinkommen kaum gestiegen sind, allein 1974 11 Milliarden DM mehr an Lohnsteuern als im Vorjahr. Das ist fast die Summe von 14 Milliarden, die angeblich infolge der Reform der Einkommenssteuer den Steuerzahler 1975 zufließen wird.

Das Argument der „14 Milliarden“ spielt nicht nur in der Diskussion um die „Steuergerechtigkeit“ eine wichtige Rolle, sondern ist auch ein wichtiges konjunkturpolitisches Argument von Regierung und Unternehmern. So heißt es noch im Jahreswirtschaftsbericht 1975: „Aufgrund der Steuer- und Kindergeldreform wird 1975 die Kaufkraft breiter Schichten um ca. 14 Milliarden DM gestärkt“ (Ziffer 14). Immer, wenn die Einkommenspolitik der Bundesregierung und der Unternehmer mit dem Hinweis auf die ausbleibende Massenkauftkraft kritisiert wird, dann wird die Steuerreform bemüht, die diese Massenkauftkraft ja schaffen würde, ohne daß die Löhne deutlich steigen.

Diese Erwartung hatte von vornherein keine reale Grundlage. Denn ein großer Teil der behaupteten Steuerentlastung wird durch steigende Sozialabgaben wieder aufgezehrt, ohne daß der einzelne Arbeiter oder Angestellte nun tatsächlich über wesentlich mehr auf seinem Lohnkonto oder in seiner Lohnbüte verfügen kann. Ein zusätzlicher Konsumstoß war also ohnehin nicht zu erwarten.

Folgende zusätzliche Sozialabgaben schlagen zu Buche:

Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung steigt von 1,7 auf 2,0 Prozent. Gleichzeitig erhöht sich die Beitragssbmessungsgrenze von 2500 auf 2800 DM. Der Höchstbeitrag steigt also von 43,50 auf 56 DM.

Die Beiträge zur Krankenversicherung steigen. Die AOK Kölner erhöhte die Sätze zum Jahresbeginn z. B. von 10,6 auf 11,7 Prozent. Gleichzeitig steigt wieder die Beitragsbemessungsgrenze von 1875 auf 2100 DM. Der Höchstbeitrag bei der AOK Köln erhöht sich also von 198 DM auf 245 DM monatlich. Einige Krankenkassen steigen noch drastischer.

Die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten bleibt zwar bei ihrem Satz von 18 Prozent, erhöht jedoch ebenfalls die Beitragsbemessungsgrenze von 2500 auf 2800 DM, so daß der Höchstsatz von 450 auf 504 DM monatlich ansteigt.

Insgesamt steigen für einen Arbeiter oder Angestellten, der überall die Höchstsätze zahlt, die Sozialabgaben um monatlich 60 DM an.

Zu diesen zusätzlichen Sozialabgaben kommt, daß auch die Erhöhung der Gebühren für unverzichtbare staatliche und kommunale Dienstleistungen in stärkerem Maße am Nettoeinkommen nagen wird.

Inzwischen hat sich jedoch die angeblich steuerentlastende Reform für einen erheblichen Teil der Steuerzahler als ihr Gegen teil entpuppt: Sie müssen auf einmal mehr zahlen. Einige Beispiele seien angeführt:

Bei einem Bruttomonatslohn von 1850 DM zahlt ein Verheirateter in der Steuerklasse V, wenn der Ehepartner in II ist, heute monatlich 580 DM, früher 344 DM. Bei einem Verdienst von 2800 DM (Ehemann) und 1200 DM (Ehefrau) zahlen beide zusammen 803 DM Steuern (früher 742 DM), wenn beide in Steuerklasse IV sind.

Hinzu kommen verschiedene zusätzliche Belastungen einzelner Gruppen. Dazu gehört die Streichung der doppelten Sonderausgabe für über 50jährige, der Sonderausgaben für Diätkranke, des Kindergelds für Soldateneltern. Konnten bisher Versicherungsbeiträge vorab auf der Steuerkarte eingetragen

werden, so werden nun jedem Steuerpflichtigen pauschal nur noch 16 Prozent gutgeschrieben. Aber allein die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung summieren sich auf 15,85 Prozent des Bruttoeinkommens.

Die Bundesregierung argumentiert gegen diese Klagen mit dem Hinweis, daß ein Teil der Mehrbelastungen am Jahresende durch verminderte Nachzahlungen bzw. durch erhöhte Rückzahlungen wieder ausgeglichen werden würde. Dadurch würde vom Staat praktisch eine zinslose Zwangsleihe aufgelegt. Selbst wenn sich diese Hoffnung für viele zunächst höher belastete Arbeiter und Angestellte bewahrheiten sollte, so ist nicht einzusehen, wie durch erst Mitte 1976 einkommende Nachzahlungen die Massenkauftkraft im Frühjahr 1975 gestärkt werden soll. Hier erweist sich die mit Hinblick auf die Lohnrunden ausgestreute Voraussage von der Kaufkraftstärkenden Funktion der Steuerreform als falsch.

Politisch ist dieses Argument für die SPD/FDP-Regierung ein Bumerang: Um die Unternehmer in den Tarifauseinandersetzungen zu stärken, behauptete die Regierung, daß die Lohnnerhöhungen dieses Jahr niedriger ausfallen könnten, weil die Arbeiter und Angestellten durch die Steuerreform finanziell besser gestellt würden. Konjunkturpolitisch schafft die Reform gleichzeitig die Nachfrage, die für einen wirtschaftlichen Aufschwung erforderlich ist. Nun treiben die Unternehmer und die CDU/CSU mit dem – erwartungsgemäß Fehlschlag der Reform kräftige Propaganda gegen die Regierung und lenken den gerechten Zorn der Arbeiter über ihre leeren Taschen gegen die SPD, obwohl sie beim Angriff auf diese Taschen mit an der Spitze stehen.

Das Argument von der entlastenden Wirkung der Steuerreform erweist sich auch dann als nicht stichhaltig, wenn von den Steuerschätzungen für 1975 ausgegangen wird.

Lohnsteuern bis 1975

	Steuern Insges. ¹⁾ in Mrd. DM	Lohnsteuern In Mrd. DM	Anteil d. Lohnsteuer in %
1970	134,1	35,1	+ 29,5
1971	149,7	42,8	+ 21,9
1972	168,7	49,8	+ 16,4
1973	191,4	61,3	+ 23,1
1974	219,3	72,0	+ 17,5
1975 ²⁾	256,4	81,7	+ 13,5

1) Offizielle Steuervorausschätzung

2) Steueraufkommen von Bund und Ländern

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 56; Bundesfinanzministerium, zit. in HB v. 7/8. 2. 75; Der Spiegel v. 3. 2. 75)

Es bleibt also festzuhalten, daß selbst nach den Schätzungen der Bundesregierung die Lohnsteuerzahler 1975 mehr zahlen müssen als im Vorjahr. Zwar ist der Zuwachs demnach leicht vermindert, jedoch wird er immer noch über den Zuwächsen der Bruttoarbeitseinkommen liegen, so daß die Löhne auch 1975 einer wachsenden Steuerbelastung ausgesetzt sein werden. Diese Tatsache kommt auch in der Projektion des Ifo-Instituts zum Ausdruck. Demnach soll die Bruttoeinkommen und -gehälter 1975 um 6 Prozent steigen. Die Summe der Nettoeinkommen und -gehälter dagegen wird unter dieser Bedingung nur um 4,5 Prozent wachsen. Das heißt aber nichts anderes, als daß, wie in den vorangegangenen Jahren, ein Teil der erkämpften Lohnnerhöhungen von steigenden Steuerlasten aufgezehrt werden wird.

Auch an der Tatsache, daß die Lohnsteuer den Kern des gesamten Steuersystems darstellt, ändert sich durch die „Reform“ nichts. Ihr Anteil an den gesamten Steuereinnahmen sinkt nur leicht ab und erreicht wieder den Stand von 1973. In den kommenden Jahren wird die Lohnsteuerbelastung wieder überproportional ansteigen, da die Progressionswirkung im „neuen“ Steuersystem eher stärker sein wird. Das bewirkt der hohe Satz von 30,8 Prozent, mit dem die Progression nach der Proportionalzone (hier liegt der Steuersatz bei 22 Prozent) beginnt. W. Haubrichs, Präsident des Bundes der Steuerzahler, betont: „Die im Gesetz angelegte Steuerentlastung wird nur von kurzer Dauer sein. Die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger wird schon in zwei bis drei Jahren – bedingt durch die fortschreitende Geldentwertung – Einkommen erzielen,

bei denen die verschärzte Lohn- und Einkommenssteuerprogression hart zugreift“ (Bund der Steuerzahler, Schnellbrief v. 21. 6. 74).

Gleichzeitig werden die Lohnsteuerzahler der Geldentwertung verstärkt ausgesetzt. War die bisherige Regelung der Kinderfreibeträge ein – wenn auch völlig unzureichendes – Gegen gewicht gegen die inflationär aufgeblähte Steuerlast, so entwertet sich das Kindergeld in der neuen Form entsprechend der Inflationsrate.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Deutlicher als die Bruttoeinkommen hat sich die Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter verlangsamt. Für das ganze Jahr 1974 geht das Ifo-Institut von einem Anstieg der Summe der Nettoarbeitseinkommen um rund 8 Prozent aus (Wirtschaftskonjunktur, 1/75, S. A 12).

Nettolöhne und -gehälter

	In Mrd. DM	In % geg. Vorjahr
1973, 3. Vj.	79,8	+ 8,9
4. Vj.	83,8	+ 10,6
1974, 1. Vj.	81,1	+ 7,8
2. Vj.	86,5	+ 9,5
3. Vj.	86,4	- 8,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 69*)

Die Entwicklung der Nettoarbeitseinkommen ist nicht nur entscheidend für den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten. Sie ist auch die Grundlage für die Entwicklung der Absatzmöglichkeiten der Verbrauchsgüterindustrien und damit ein wichtiges konjunkturpolitisches Datum.

Besonders deutlich stellt sich der Zusammenhang zwischen Kaufkraft und wirtschaftlicher Lage an der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze dar. Im Jahr 1974 stieg der Umsatz des Einzelhandels um 6 Prozent auf etwa 260 Milliarden DM. Real dagegen sind die Umsätze um 2 bis 2,5 Prozent gesunken, es wurde also mengenmäßig weniger gekauft (Süddeutsche Zeitung v. 27. 1. 1975). Aus einer Konjunkturumfrage der Kommission der europäischen Gemeinschaft geht hervor, in wie unterschiedlichem Umfang die einzelnen Eink

In den Antworten spiegeln sich natürlich auch viele psychologische Faktoren, da nur die subjektive Einstellung getestet wird. Die Verminderung der negativen Antworten in den Novemberzahlen erklärt sich teilweise sicher auch aus der Tatsache, daß der Eindruck des konjunkturellen Einbruchs der Wintermonate 1974/75 sich in diesen Antworten noch nicht niedergeschlagen hat.

Durchgängig ist jedoch festzustellen, daß die Einkommensentwicklung um so ungünstiger beurteilt wird, je niedriger die Einkommen sind. Gerade die niedrigeren Einkommen sind von der Krise härter betroffen als die oberen Einkommensschichten.

Ein weiteres Indiz für die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation und gleichzeitig ein wichtiges konjunkturpolitisches Datum ist die Sparquote. Denn je unsicherer die Zukunftsaussichten eingeschätzt werden, desto eher über vor allem die Arbeiter und Angestellten Kaufzurückhaltung und bilden persönliche Rücklagen. Die besonders intensive Spartätigkeit der Lohn- und Gehaltsempfänger läßt sich deutlich an der Entwicklung der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist ablesen, der bevorzugten Sparform der Arbeiter und Angestellten. Zwischen November 1973 und 1974 erhöhte sich die Summe dieser Spareinlagen von 139,4 Mrd. auf 160,8 Mrd., also um 15,4 Prozent. Die Steigerungsrate war nahezu doppelt so groß wie die Steigerungsrate der Nettoarbeitsinkommen. Wäre die Spartätigkeit allein in dieser Sparform entsprechend den Nettoeinkommen gestiegen, also um rund 8 Prozent, dann wären rund 10,3 Mrd. DM weniger auf die Sparbücher gelegt worden. Wären diese Milliarden voll kaufkraftwirksam ausgegeben worden, dann wäre der Umsatz des Einzelhandels rund 4 Prozent größer gewesen als er es tatsächlich war.

Dieses Beispiel macht deutlich, welche konjunkturellen Auswirkungen die wachsende Unsicherheit der Arbeitsplätze und der Einkommenslage für die Zukunft haben. Es kann als sicher angesehen werden, daß niedrige Lohnabschlüsse, hohe Unternehmergevinne und eine durch Investitionsprämien beschleunigte Rationalisierung im Bereich der Arbeitsplätze keine „Tendenzwende“ des Konsumverhaltens bewirken wird.

3.4 Preise

Allem amtlich verkündeten Optimismus zum Trotz hat sich die Preisentwicklung im Jahre 1974 weiter leicht beschleunigt, wenn auch nicht in dem ursprünglich erwarteten Ausmaß. Die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte sind im Jahresdurchschnitt um 7,0 Prozent gestiegen, nach 6,9 Prozent im Jahre 1973.

Scheinbar hat sich der Anstieg der Lebenshaltungskosten im Jahresablauf jedoch wieder verlangsamt.

Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte

	Veränderungen in % geg. Vorjahresmonat	Veränderungen in % geg. Vorjahresmonat ohne Heizöl
1974, Januar	+ 0,7	+ 7,4
Februar	+ 0,9	+ 7,6
März	+ 0,3	+ 7,2
April	+ 0,6	+ 7,1
Mai	+ 0,6	+ 7,2
Juni	+ 0,4	+ 6,9
Juli	+ 0,2	+ 6,9
August	+ 0,2	+ 7,0
September	+ 0,3	+ 7,3
Oktober	+ 0,5	+ 7,1
November	+ 0,7	+ 6,5
Dezember	+ 0,3	+ 5,9
1975, Januar	+ 0,9	+ 6,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/75, S. 57; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 68)

Der Vergleich des gesamten Lebenshaltungskostenindex mit dem vom Statistischen Bundesamt berechneten Sonderindex in dem die Preisentwicklung bei leichtem Heizöl ausgeschaltet wurde, zeigt jedoch, daß die Tendenz der Preise eher noch leicht nach oben gerichtet ist. Das scheinbare Absinken des Lebenshaltungskostenindex zum Ende des Jahres 1974 ist Folge des statistischen „Basisfehlers“. Ende 1973 war der Preisindex sprunghaft in die Höhe geschnellt. Die Ursache dafür war die Entwicklung der Ölpreise. Da die Preise dieses Sprungs am Jahresende 1974 nicht wiederholten, mußte die Steigerungsrate in diesem Zeitraum im Jahresvergleich optisch absinken, obwohl die Preise in Wirklichkeit unvermindert stiegen.

Zum Jahresbeginn sind neue Preiserhöhungen wirksam geworden

Spitzenreiter der Preisskala

	Januar 75 in % zu Januar 74
Kabeljau-Filet	+ 10,3
Vollmilch in Tüten	+ 10,9
Camembert	+ 11,6
Margarine	+ 46,0
Helles Mischbrot	- 12,0
Langkornreis	+ 28,6
Flaschenbier	+ 7,5
Tafeläpfel	+ 31,5
Briefblock	- 49,6
Glühlampe	- 11,2
Zechenbrechkoks II	+ 25,9
Strom, 3-Zimmer-Wohnung,	- 13,8
200 kWh	+ 21,1
Krankenhaus, 1 Tag	

Die ausgewählten Preise sind Durchschnittspreise des Landes Hesse
(Quelle: FAZ v. 3. 2. 75)

Besonders spektakulär sind die Preiserhöhungen für öffentliche Leistungen. So stiegen z.B. die Preise für Postanweisungen und Zahlkarten um 81,1 Prozent innerhalb Jahresfrist. Dem in öffentlicher Hand befindlichen Energiekonzerne setzen die Strompreise massiv herauf.

Im Jahre 1974 erhöhte

RWE, Essen, um 16 Prozent

VEW, Dortmund, um 14 Prozent

Badenwerk, Karlsruhe, um 26 Prozent

Stadtwerke Offenbach um 20 Prozent, um nur einige Beispiele zu nennen.

Das VW-Werk erhöhte zum 1. Januar 1975 seine Preise zu drittenmal innerhalb von 9 Monaten. Am 11. März 1974 stieg der Preis um durchschnittlich 6,35 Prozent, am 13. Mai um noch einmal 6 Prozent, und am 1. Januar 1975 um 3,5 Prozent. Die Konzernleitung hält diese Preiserhöhungen offenbar für einen Beitrag zur Bewältigung der Absatzkrise.

Weit über den Steigerungsraten für die Lebenshaltungskosten bewegen sich die industriellen Erzeugerpreise und die Großhandelsverkaufspreise. Diese Differenz ist ein Indiz dafür, in welchem Maße vor allem die Konzerne der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien die Krise ausnutzen, um ihre Profite auch auf Kosten des selbständigen Einzelhandels zu steigern. (Kölner Stadtanzeiger v. 14. 2. 1975).

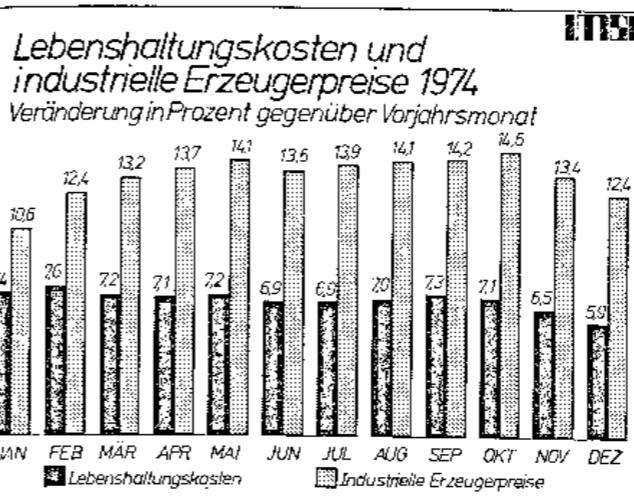
Da die Einkommen der Landwirte statistisch zu den „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ gezählt werden, erklärt sich auch teilweise die Tatsache, daß diese statistische Größe 1974 stagnierte, obwohl die großen Konzerne hohe Gewinnzuwächse erzielten.

Erzeuger- und Verkaufspreise 1974

	Erzeugerpreis industr.	Verkaufspreise landwirtsch. Großhdrl.	Einzelhdrl.
Januar	+ 10,6	- 0,2	-
Februar	+ 12,4	- 1,8	-
März	+ 13,2	- 5,4	+ 14,1
April	+ 13,7	- 8,3	+ 14,6
Mai	+ 14,1	- 9,4	+ 16,9
Juni	+ 13,6	- 7,4	+ 15,8
Juli	+ 13,9	- 7,5	+ 15,6
August	+ 14,1	- 6,0	+ 15,7
September	+ 14,2	- 3,7	+ 15,7
Oktober	+ 14,6	- 4,4	+ 15,8
November	+ 13,4	- 3,1	+ 15,9
Dezember	+ 12,4	- 4,1	+ 14,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/74 und 1/75, S. 355 ff. und S. 44 ff.)

Industrielle Erzeugerpreise und Lebenshaltungskosten 1974



Reallöhne und -gehälter

	Summe der Nettoarbeitsinkommen in % geg. Vorj.	Lebenshaltungskostenindex in % geg. Vorj.	Real-einkommen in % geg. Vorj.
1971	+ 10,6	+ 5,3	+ 5,3
1972	+ 9,1	+ 5,5	- 3,6
1973	+ 8,8	+ 6,9	+ 1,9
1974	+ 8,0	+ 7,0	+ 1,0

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 68 f.; eigene Berechnungen)

hälter einsetzen. Die steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden ein weiteres tun, um die Arbeitseinkommen zu reduzieren.

Ein Prozent Lohnerhöhung schafft eine zusätzliche Kaufkraft von 3,4 Milliarden DM. Bei einem Bruttosozialprodukt von rund 38 000 DM pro Erwerbstätigen (1974) würde eine zusätzliche Nachfrage von 3,4 Milliarden, also eine Erhöhung der Nettoarbeitsinkommen um 1 Prozent Beschäftigung für rund 89 500 Erwerbstätige bedeuten. Umgekehrt heißt das aber, daß angesichts der Unterauslastung der Kapazitäten jedes Prozent Lohnverzicht 89 500 Arbeitern und Angestellten den Arbeitsplatz kostet.

Dieses Rechenbeispiel berücksichtigt nicht die Fernwirkungen zusätzlicher oder verminderter Nachfrage. Denn eine zusätzliche Herausgabe von Kaufkraft würde die Produktionstätigkeit insgesamt anregen, neue Arbeitsplätze schaffen und so zu einer weiteren Vergrößerung der Massennachfrage beitragen.

Es soll hier nur die Bedeutung der Realverdienste für die Arbeitsplätze sichtbar machen. Ein Lohnverzicht würde dazu führen, daß die private Endnachfrage weiter sinkt, ohne daß im gleichen Maße die dadurch steigenden Gewinne im Inland für die Erweiterung der Investitionen ausgegeben würden. Denn eine solche zusätzliche Investitionstätigkeit wird sich erst dann für die Unternehmer als sinnvoll erweisen, wenn die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten annähernd gesichert erscheint.

3.6 Beschäftigung

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich in den abgelaufenen Monaten in einem Maße verschlechtert, das alle offiziellen Erwartungen bei weitem übertrifft. Inzwischen ist eine Situation eingetreten, wie sie seit den fünfziger Jahren in der BRD fast vergessen schien. Die Arbeitslosenzahlen der Jahreswende 1974/75 entsprechen denen des Jahres 1958. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die saisonale Komponente in den Wintermonaten 1974/75 eher schwach ausgeprägt ist, da die günstigen Witterungsverhältnisse vergleichsweise niedrig halten.

Arbeitsmarkt in Tausend

	Arbeitslose	Diff. geg. Vorjahresmonat	Kurzarbeit	Diff. geg. Vorjahresmonat	Offene Stellen	Diff. geg. Vorjahresmonat
1974, Sept.	557	+ 338	265	+ 229	298	- 315
Okt.	672	+ 405	370	+ 302	248	- 260
Nov.	799	+ 467	461	+ 356	213	- 189
Dez.	946	+ 460	707	+ 546	194	- 98
1975, Jan.	1 154	+ 533	901	+ 633	221	- 87

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 65; FAZ v. 12. 2. 75)

Die Abwärtstendenz auf dem Arbeitsmarkt hat sich gegenüber den Vormonaten Anfang 1975 eher noch verschärft. Auch die Tatsache, daß die Zahl der offenen Stellen sich stabilisiert hat, ist kein Anlaß zu Optimismus. Denn diese Zahl wird durch die Anforderungen der Betriebe bestimmt. Es ist daher auch bei einer extrem schlechten Arbeitsmarktlage möglich, daß Betriebe Stellen als offen anbieten, um sich dann die besten und leistungsfähigsten Facharbeiter auszusuchen, sozusagen den „Rahm“ vom Arbeitsmarkt abzuschöpfen.

Die Arbeitslosenquote hat im Januar 1975 die 5-Prozent-Grenze überschritten.

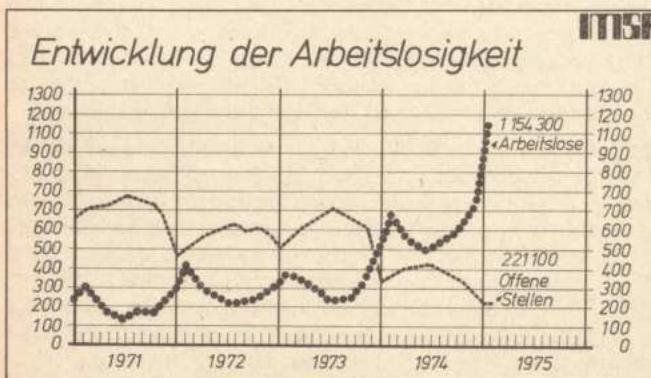
Arbeitslosenquote in Prozent

Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
2,4	3,0	3,5	4,2	5,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 65; Kölner Stadtanzeiger v. 8./9. 2. 1975)

Auch auf die Ausländerbeschäftigung hat die Arbeitsmarktlage inzwischen durchgeschlagen. Die Arbeitslosigkeit der Ausländer erreichte im Januar 6,3 Prozent. Gleichzeitig ging die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD deutlich zurück. Zwischen dem September 1973 und dem September 1974 verminderte sie sich um 245 000 auf 2,35 Millionen oder um 9,4 Prozent. Allein im dritten Quartal 1974 verließen 90 000 Arbeiter die BRD (FAZ vom 28. Januar 1975). Da sich die Abwanderung im letzten Vierteljahr 1974 noch beschleunigt hat, kann davon ausgegangen werden, daß seit September 1973, dem Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung, die Zahl der Ausländer um rund 350 000 abgenommen hat. Da im gleichen Umfang Arbeitsplätze vernichtet worden sind, die nicht in der Arbeitsmarktstatistik auftauchen, waren allein bei Berücksichtigung dieser Größe schon im Januar 1,5 Millionen Arbeitsplätze verschwunden.

Arbeitsmarkt seit 1971



Eine besonders betroffene Gruppe von Arbeitern sind die Jugendlichen, insbesondere die Berufsanfänger.

Eine Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit, bezogen auf die Situation im September 1974, macht diese Problematik deutlich.

Altersspezifische Arbeitslosenquote

	September 1973	September 1974
Unter 20	1,0	3,4
20 – 25	1,0	3,0
25 – 30	1,0	2,9
30 – 35	0,8	2,1
35 – 40	0,7	1,9
40 – 45	0,7	2,0
45 – 50	0,8	1,9
50 – 55	0,9	2,0
55 – 60	1,4	2,5
60 – 65	2,4	3,0
Durchschnitt	0,9	2,4

(Quelle: Strukturuntersuchung der Arbeitslosen, Ergebnisse der Sonderuntersuchung Ende September 1974, Bundesanstalt für Arbeit, hektographiertes Manuskript)

Nach der gleichen Untersuchung waren im September 1974 11,1 Prozent der männlichen und 14,1 Prozent der weiblichen Arbeitslosen jünger als 20 Jahre. Selbst wenn diese Prozentsätze sich seither nicht mehr erhöht haben, sind damit Ende Januar rund 150 000 Jugendliche bis 20 Jahre ohne Beschäftigung gewesen, nicht gerechnet diejenigen, die durch Maßnahmen wie das „Berufsfindungsjahr“ aus der Statistik verschwinden.

Ausgehend von diesen Prozentzahlen kann angenommen werden, daß im Januar rund 320 000 Jugendliche bis zu 25 Jahren erwerbslos waren.

Die rasche Steigerung der Arbeitslosenzahl hat überall die Diskussion über die Vermögenslage der Bundesanstalt für Arbeit angeregt. Dabei ist das gegenwärtige Hauptproblem der

Arbeitslose im September 1974 nach Lebensalter in Prozent der Gesamtzahl

	Männer	Frauen
Unter 20	11,1	14,1
20 – 25	14,2	17,6
25 – 35	25,3	25,0
35 – 45	20,2	18,2
45 – 55	14,8	16,5
55 – 60	5,4	5,2
60 – 65	8,7	3,3
über 65	0,3	0,1
	100,0	100,0

(Quelle: Ebenda)

Anstatt nicht die Gefahr, daß das Vermögen nicht ausreicht, um die zunehmenden Verpflichtungen abzudecken. Tatsächlich hat die BA rund 3 Milliarden DM in Wertpapieren, Schuldchifforderungen und Darlehen so angelegt, daß sie kurzfristig nicht liquidisierbar sind. Teilweise haben die öffentlichen Hände so mit den Geldern der Versicherten ihre Ausgaben bestreitet.

Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit 1974

	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen (in Mio. DM)
1. Vj.	1 822	2 856	4 888
2. Vj.	1 951	2 516	4 341
3. Vj.	2 049	2 040	4 334

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 63*)

Die Erhöhung der Beitragseinnahmen um 17,6 Prozent durch die Heraufsetzung des Beitragssatzes von 1,7 auf 2 Prozent und die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze wird die finanzielle Situation der Anstalt erheblich verbessern.

Trotz rasch steigender Arbeitslosenzahlen und damit steigenden Ausgaben ist in absehbarer Zeit nicht zu befürchten, daß die Finanzmittel nicht mehr ausreichen, um die Aufgaben zu finanzieren.

Die Arbeitslosigkeit ist das brennendste soziale Problem der Arbeiterklasse der BRD. Das gilt nicht nur für den Teil, der bereits keine Beschäftigung mehr hat, kurzarbeitet oder dessen Arbeitsplatz unmittelbar bedroht ist. Da die Arbeitslosenzahlen von den Unternehmern und von der Regierung benutzt werden, um Druck auszuüben, sind auch die voll beschäftigten Arbeiter und Angestellten unmittelbar betroffen.

Allerdings haben die Warnsteiks anlässlich der Tarifverhandlungen in der Metallindustrie gezeigt, daß auch in der Krise Kampfbereitschaft besteht und wachsen kann. Stillhalten und Lohnverzicht über wird die Rezession nur verschärfen, zusätzliche Arbeitsplätze insbesondere in den Konsumgüterindustrien vernichten und die Arbeitslosigkeit vergrößern.

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2% und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6% gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5%, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Million; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttonsozialprodukt; NSP = Nettooszialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „–“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „„“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstraße 6

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Köln

Abschlußtermin dieses Berichts: 15. 2. 1975 — Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, 6 Frankfurt/M., Glau-burgstr. 66, Postf. 18 03 72; für Abonnenten der Monatsschrift NACH-RICHTEN als Beilage im Abonnementpreis von 20,— DM (einschl. Zu-stellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährl. im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— DM (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 404 Neuss, Xantener